

Warum strategischer Überbau den flächendeckenden Glasfaserausbau in Deutschland verhindert

Deutschland ist noch weit von einem flächendeckenden Glasfaserausbau entfernt. Die Investoren sind im Vergleich zum letzten Jahrzehnt zunehmend bereit, einen Großteil des bereitgestellten Kapitals genau dort in Milliardenhöhe zu investieren, wo die Versorgung schlecht und die Nachfrage nach guter Versorgung hoch ist – nämlich auf dem Land.

Gerade dort sind viele Wettbewerber mit eigenwirtschaftlichen Investitionen und auch viele Stadtwerke und kommunale Unternehmen tätig. Diese, wie auch große Infrastrukturfonds, sehen einstweilen ihre Investitionspläne gefährdet, wenn **punktuellem strategischem Überbau („Rosinenpicken“)** durch die **Telekom nicht unterbunden wird**. Nur Telekom ist eine derart wettbewerbsverdrängende Strategie auf Basis ihrer festgestellten marktbeherrschenden Stellung möglich. Allein schon **die bloße Drohung mit strategischem Überbau ermöglicht dem marktmächtigen Unternehmen, andere Wettbewerber zu verdrängen** und von dem eigenen flächendeckenden Ausbau abzuhalten. Die Bundesnetzagentur ist aufgerufen, dieses missbräuchliche Verhalten umgehend zu überprüfen und strikt dagegen vorzugehen. **Notwendig ist ein möglichst flächendeckender eigenwirtschaftlicher Ausbau oder wo nötig, dieser ergänzt mit Hilfe von Fördermitteln**. Denn auch die Investoren verfolgen das Ziel, werthaltige Infrastrukturen zu schaffen und diese diskriminierungsfrei mit eigenen Endkunden und Open-Access Partnern bestmöglich auszulasten.

Dies hat die Telekom dazu getrieben, dort, wo bislang auf das bisherige Telekom Monopol von DSL und Vectoring gesetzt wird, stärker in den FTTH-Ausbau zu gehen, um Kundenverluste auf Endkunden- und Wholesale-Ebene zu verhindern.

Schon die Ankündigung, genau dort auszubauen, wo eine andere Ausbauplanung besteht, zerstört in der Regel die Investitionsplanung, da vor allem im ländlichen Bereich die Erstellungskosten zweier paralleler Netze wirtschaftlich nicht tragfähig sind – abgesehen von der Ressourcenverschwendung im Allgemeinen. Und noch schlimmer: Es reicht der Ausbau oder die Drohung mit dem Ausbau allein schon der kostengünstig erschließbaren Ortskerne, um die Mischkalkulation eines Investors oder Stadtwerkes für einen weitgehend flächendeckenden Ausbau auszuhebeln, da gerade die lukrativsten Teile für die Gesamtkalkulation eines Ortes ausschlaggebend sind.

Die Erfahrung vieler Bürgermeister ist zudem, dass im Fall eines Rückzugs des Erstinvestors ein Ausbau der Telekom nicht mehr erfolgt – oder nur ein kleiner Teilausbau davon, da das Ziel, keine DSL-Kunden an das FTTH-Netz eines Wettbewerbers zu verlieren, auf diese Weise erreicht werden kann.

Im Ergebnis führt der punktuelle Ausbau der Telekom in aller Regel nicht zu einer parallelen flächendeckenden Versorgung und damit auch nicht zu den potentiellen Vorteilen auf Seiten der BürgerInnen und Unternehmen. **Oft bleibt es entweder bei dem allenfalls punktuellen statt ganzheitlichem Ausbau oder der Ausbau findet in einer Kommune gar nicht erst statt**. Wo die Telekom nachträglich punktuell **strategisch überbaut, statt Open Access zu nutzen**, wird das nachhaltige **Investment von Unternehmen oder Kommunen aufs Spiel gesetzt**.

Die Auswirkungen sind aber noch viel weitreichender und grundsätzlicher, denn milliardenschwere Investitionspläne überregionaler FTTH-Anbieter stehen ebenso auf dem Spiel wie das intensive Engagement kommunaler Wettbewerber. Beides treibt in vielen Regionen den Ausbau voran. Da Gebietsabsprachen nicht zulässig wären und Konzessionsmodelle nicht sinnvoll sind, muss es massiven politischen Druck geben. Der „gemeinsame Ausbau“, den Telekomchef Höttges immer wieder betont, kann nur ohne den strategischen Überbau der Telekom gelingen.

Damit der starke Investitions- und Ausbauwettbewerb in unserem Land nicht ausgehebelt wird und sich Investoren nicht zurückziehen, müssen wir für **deutlich mehr Planungssicherheit** für (private und kommunale) Investoren im eigenwirtschaftlichen Ausbau sorgen – so wie dies unsere Nachbarländer auf den unterschiedlichsten Wegen geschafft haben.

Doppelausbau kann nur in bestimmten Situationen wirtschaftlich tragfähig und **begründbar** sein. Dies ist jedoch in vielen, besonders ländlichen Regionen in der Regel nicht sinnvoll und birgt hohe Risiken für Investoren. Aber auch für die Politik und die Bürgerinnen und Bürger gilt es, dies so weit wie möglich unwirtschaftliche Investitionen zu vermeiden, da nicht nur die Kosten auf die KundInnen umgelegt werden müssen, sondern Abschaltung oder Ausfall eines Anbieters droht. Nicht flächendeckender, nur punktueller strategischer Überbau mag für den Incumbent sogar höchst lukrativ sein, verhindert aber fast immer eine schnelle, eigenwirtschaftliche und weitgehend flächendeckende Versorgung einer ganzen Kommune. Mag dies auch nicht unmittelbar gegen Wettbewerbsrecht verstoßen, so ist der volkswirtschaftliche Schaden für unser Land und die BürgerInnen jedoch enorm.

Die Forderung der Politik muss klar sein:

Wo **Open Access** in ausreichendem Umfang so angeboten wird, dass **fairer Wettbewerb für Nachfrager** ermöglicht wird, muss auf jeden Fall ein **strategisch motivierter Überbau durch die Telekom**, der selbst keine flächendeckende Versorgung bringt und eine solche Versorgung des Erstinvestors wirtschaftlich unmöglich macht, **verhindert werden**. Ein solcher marktgerechter Open Access erlaubt es insbesondere auch der Telekom, um die mit dem Glasfasernetz des Erstausbauers erschlossenen Privat- und Geschäftskunden zu konkurrieren.

Hier muss die Politik ein klares Zeichen setzen und das marktbeherrschende Unternehmen auffordern, **diesen strategischen Überbau bis zum Erreichen der Ziele der Gigabitstrategie zu unterlassen** und die bestehenden Netze von Kommunen wie auch anderen Unternehmen mitzunutzen. Dies muss auch zwingend zum Inhalt der Gigabitstrategie der Bundesregierung gemacht werden. Die Bundesnetzagentur ist im Rahmen dieser Strategie aufgefordert, schnellstmöglich ein Monitoring durchzuführen.

Alle Unternehmen fühlen sich diesem Ziel verpflichtet, die Gigabitziele zu erreichen. Bundesnetzagentur, Bundesregierung und Politik müssen die Unternehmen hierbei mit aller Kraft unterstützen.

Berlin, Februar 2023